



Datum: Antragsteller/-in: Sachbearbeiter/-in: E-Mail: Telefon: Telefax:	27.11.2019 Dillschneider, Jeanne Reif, Torsten Dr. Özfirat, Sirin Dr. Isringhaus, Helmut Bertucci, Mirco Bleines, Michael Heib, Björn fraktion.diegruenen@saarbruecken.de 0681/905-1375	FRA/1578/19
Beratungsfolge und Sitzungstermine		
Gremium Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken	Sitzungsdatum 03.12.2019	Status Ö
Betreff: Resolution: Nein zu Gewalt gegen Frauen!		
Beschlussvorschlag: Anlässlich des Tages gegen Gewalt an Frauen setzt der Stadtrat der Landeshauptstadt Saarbrücken ein Zeichen gegen jede Form der sexualisierten Gewalt an Frauen. Sexualisierte Gewalt ist überall auf der Welt weit verbreitet. In der Europäischen Union erlebt jede dritte Frau sexuelle Gewalt, jede zweite wird mit Formen der sexuellen Belästigung konfrontiert; in Deutschland erlebt jede vierte Frau häusliche und/oder sexuelle Gewalt in der Partnerschaft. Insbesondere häusliche Gewalt ist eines der weltweit größten Gesundheitsrisiken für Frauen und Kinder. Auch im Saarland und in Saarbrücken gilt es, sexualisierter Gewalt gegen Frauen und Mädchen sowie sexualisierter Gewalt im Gesamten entschieden entgegenzutreten. Der		

Stadtrat hat dieses gesamtgesellschaftliche Problem erkannt und spricht sich dafür aus, die Situation der betroffenen Frauen in Saarbrücken zu verbessern und Hilfsstrukturen vor Ort zu verstärken.

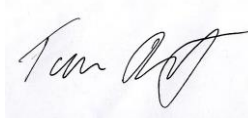
- 1. Einsatz für die Gleichstellung der Geschlechter:** Die Rechte von Frauen und Mädchen müssen auch in der Kommunalpolitik zum Thema gemacht werden. Der Stadtrat setzt sich weiterhin für alle Maßnahmen ein, die die Gleichstellung der Geschlechter zum Ziel hat.
- 2. Hilfs- und Beratungsangebote:** Der Stadtrat spricht seine Unterstützung für Vereine und Institutionen aus, die sich für Geschlechtergerechtigkeit und den Abbau von Macht- und Gewaltstrukturen zwischen den Geschlechtern einsetzen. Außerdem sollen die Akteur*innen im Regionalverband, in der Landeshauptstadt und der Landesregierung besser vernetzt werden, um einen umfassenden Schutz von Frauen zu gewährleisten. Vorbild hierfür können die auf Landesebene mit Erfolg etablierten Strukturen („Koordinierungsstelle gegen häusliche Gewalt“ und „Runder Tisch gegen häusliche Gewalt“) sein. Aus Sicht des Stadtrates muss eine adäquate Versorgung und Behandlung der Opfer dauerhaft gewährleistet sein.
- 3. Stigmatisierung beenden:** Opfer von sexueller Gewalt werden häufig stigmatisiert. Dadurch werden Opfer entmutigt, ihre Erfahrungen zu thematisieren. Der Stadtrat spricht sich dafür aus, in der städtischen Öffentlichkeitsarbeit solche Vorstellungen zu widerlegen und für sexuelle Gewalt zu sensibilisieren.
- 4. Öffentlichkeitswirksamkeit:** Der Stadtrat spricht sich dafür aus, anlässlich des Tages gegen Gewalt an Frauen öffentlich ein Zeichen zu setzen. Dabei soll auf die in der Landeshauptstadt Saarbrücken vorgehaltenen Präventions-, Selbstverteidigungs- und in Krisensituationen greifenden Hilfs- und Schutzangebote hingewiesen werden, wie etwa das Hilfefon.
- 5. Sicherheit gewährleisten:** Alle präventiv handelnden Stellen müssen für das Thema sexuelle Gewalt sensibilisiert werden. Die Landeshauptstadt Saarbrücken strebt aufeinander abgestimmte Sicherheitskonzepte von Stadt und Land an, die besonders von sexueller Belästigung oder von Gewalt betroffene Frauen im Blick haben und die die Expertise von Frauenhilfsorganisationen mit einbeziehen. Des Weiteren setzt sich der Stadtrat dafür ein, den öffentlichen Raum für Frauen zu allen Tages- und Nachtzeiten uneingeschränkt zugänglich zu machen und durch Maßnahmen wie bessere Beleuchtung, niedrigere Hecken, usw. für ein besseres Sicherheitsgefühl zu sorgen.
- 6. Querschnittsthema sexualisierte Gewalt:** Sexualisierte Gewalt betrifft häufig Geflüchtete. Deswegen müssen sich Angebote für Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund auch spezifisch an Frauen und Mädchen richten. Auch in Saarbrücken soll die ausreichende Versorgung und Unterstützung von Frauen und Mädchen, die traumatische Erfahrungen gemacht haben, gewährleistet sein. Frauen mit Behinderungen sind überdurchschnittlich oft von allen Formen von Gewalt betroffen. Dazu kommt strukturelle Diskriminierung. Der Stadtrat fordert, dass die Belange von Frauen und Mädchen mit Behinderungen ausreichend berücksichtigt werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.



Jeanne Dillschneider



Torsten Reif



Dr. Şirin Özfirat



Dr. Helmut Isringhaus



Mirco Bertucci



Michael Bleines

Anlagen: